



öffentliche Beratung



nichtöffentliche Beratung

**Erarbeitet von** Gemeindeverwaltung / RÄin Fr. Dr. Pommer **Beschluss-Nummer:** 19/25**Vorberatung** ☐ Ortschaftsrat ☐ Gemeinderat ☐ Sonstige**Beschlussgremium:** Gemeinderat**Sitzungstermin:** 08.04.2025**Betreff**

Beratung und Beschlussfassung über die Petition der „Bürgerinitiative Süptitzer“ vom 11.03.2025  
Hier: Beschluss zur informatorischen Bescheidung der Petition

**Beschlussantrag**

Der Gemeinderat beschließt in seiner öffentlichen Gemeinderatssitzung am 08.04.2025:

Die Bedenken gegen die Erweiterung der Freiland-Legehennen-Anlage Süptitz, die in dem Petitionsschreiben der „Bürgerinitiative Süptitzer“, das dem Gemeinderat am 11.03.2025 durch Herrn Albert Richter übergeben wurde, geltend gemacht werden, werden als Überlegungen in das vom Gemeinderat in öffentlicher Sitzung am 11.03.2025 beschlossene Verfahren zu Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Entwicklung Freiland-Legehennen-Anlage Süptitz“ (Beschluss Nr. 10/25) eingeführt. Darüber hinaus wird der Petition, soweit sie fordert, der Gemeinderat solle den Erweiterungsbau pauschal ablehnen bzw. gegen die Erweiterung der Anlage stimmen, nicht Folge geleistet. Die Verfasser der Petition werden entsprechend der Anlage 1 über die Entscheidung des Gemeinderates informiert.

**Begründung**

Am 11.03.2025 übergab Herr Albrecht Richter im Namen der Bürgerinitiative Süptitzer dem Gemeinderat eine Petition „gegen die Erweiterung der Massentier Legehennen Anlage in Süptitz von gegenwärtig 30.000 auf 120.000 Legehennen“ (**Anlage 2**). Dem Petitionsschreiben beigelegt waren eine Auswertungsliste der Online-Petition sowie eine Mappe mit allen unterschriebenen Petitionszetteln. Die Online-Petition stimmt inhaltlich mit den unterzeichneten Petitionszetteln überein, in beiden Fällen handelt es sich um das von Herrn Richter im Namen der Bürgerinitiative Süptitzer verfasste Schreiben vom 27.02.2025 (**Anlage 3**). Als Ablehnungsgründe angesprochen sind dort im Wesentlichen

- die Abholzung von ca. 15 ha sowie die Einzäunung von ca. 120 ha, mögliche Lärmbelästigungen und Luftverschmutzungen,
- die Erhöhung der Seuchengefahr,

- die Erhöhung der Feinstaubbelastung im Umkreis der Anlage und dadurch befürchtete Krankheitsrisiken
- evt. gesteigerte Grundwasserbelastungen.

Das Petitionsschreiben vom 11.03.2024 geht darüber hinaus, in dem es noch weitere Gründe für die Ablehnung benennt, insbesondere

- die Nichterteilung des gemeindlichen Einvernehmens im Jahr 2013 für die zwischenzeitlich errichtete Anlage
- fehlende Messungen umweltrelevanter Schadstoffe vor Inbetriebnahme der bestehenden Anlage
- die im Jahr 2018 durch den Vorhabenträger noch verneinten Erweiterungsabsichten
- Anlage liegt in der Wildvogelzuglinie zum Großen Teich
- Abstand zum Flora/Fauna/Habitat und Vogelschutzgebiet „großer Teich“ beträgt weniger als 1000 m
- nachhaltige Verschlechterung der Lebensqualität in den betroffenen Orten, Entwertung der Grundstücke und weniger Zuzugsinteressenten
- eine Überproduktion von Bio Eiern in Deutschland
- privatwirtschaftlichen Maximalprofit um jeden Preis auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger.

Durch die Bezugnahme im Petitionsschreiben vom 11.03.2025 auf die Online-Petition macht sich die Bürgerinitiative Süptitzer die Inhalte der Online-Petition sowie das dazu inhaltlich identische Schreiben vom 27.02.2025 zu eigen. Die Form der Petition ist nicht vorgeschrieben. Das Schreiben vom 11.03.2025 erfüllt somit die Voraussetzungen einer Petition im Sinne des § 12 Abs. 1 SächsGemO.

Petent ist die Bürgerinitiative Süptitzer. Es handelt sich insoweit um eine Sammelpetition. Als ihr Vertreter tritt Herr Albert Richter auf, der die Petition auch unterzeichnet hat.

Nach § 12 Abs. 1 Satz 2 SächsGemO hat der Petent das Recht auf Erhalt eines begründeten Petitionsbescheides innerhalb von sechs Wochen, oder, falls dies nicht möglich ist, das Recht auf Erhalt eines sog. Zwischenbescheides, § 12 Abs. 1 Satz 3 SächsGemO. Bei einer Sammelpetition reicht es aus, wenn der Bescheid an einen empfangsbereiten Vertreter adressiert wird (vgl. Quecke/Schmid u.a., SächsGemO, Stand 01/2025, § 12 Rz. 12). Das ist vorliegend Herr Richter. Die Unterrichtung ist darum an ihn zu richten.

Der Gemeinderat hat in seiner Gemeinderatssitzung am 11.03.2025 erst den Aufstellungsbeschluss für ein vorhabenbezogenes Bebauungsplanverfahren „Entwicklung Freiland-Legehennen-Anlage Süptitz“ gefasst. Dieses dient neben der Planung des Vorhabens vor allem auch dazu, den entscheidungsrelevanten Sachverhalt zu ermitteln. Die in der Petition vorgebrachten Bedenken und Sorgen – namentlich die



Bedenken in Bezug auf die Erforderlichkeit der Planung, Bedenken hinsichtlich der für das Vorhaben notwendigen Rodung von Wald und die Waldumwandlung für das Vorhabengebiet, Bedenken in Bezug auf die von dem Vorhaben ausgehenden Umweltauswirkungen, die Prüfung eventueller Beeinträchtigungen der Gesundheit, des Natur- und Landschaftsschutzes, die Sorge um den Erhalt der Wohnqualität der umliegenden Hausgrundstücke sowie die Frage, ob technischen Anlagen wie z. B. Abluftfilter erforderlich werden, sind deshalb in das Planungsverfahren mitzunehmen und dort inhaltlich zu behandeln. Die Petition spricht insoweit sensible, bei der Planaufstellung zu berücksichtigende Themen an, die im Rahmen der Entwurfserstellung für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan ordnungsgemäß abgearbeitet werden müssen.

Die Bedenken können aber auch noch nicht als Einwendungen im Rahmen der Offenlage gewertet werden, da dieses Planstadium noch gar nicht erreicht ist. Der Erlass einer bauplanungsrechtlichen Satzung, hier in Form eines Bebauungsplanes (§§ 8 ff. BauGB), ist an konkrete Form- und Verfahrensvorschriften gebunden. Daher wäre es unstatthaft, über die im Kontext der Petition vorgebrachten Bedenken außerhalb dieses Verfahrens isoliert zu befinden und zu entscheiden. Vielmehr kann erst im Prozess der Planaufstellung ausgewertet werden, ob und inwieweit Ängste begründet sind und sich die Bedenken bestätigen, ob und wie ihnen mit Instrumenten des Planungsrechts entgegengewirkt werden kann u. v. m. Hierfür werden in Abstimmung mit den Fachämtern eine Umweltprüfung und aller Voraussicht nach auch weitere fachtechnische Überprüfungen erforderlich werden, denen nicht vorgegriffen werden kann und soll. Außerdem werden die in der Bürgerinitiative versammelten Bürgerinnen und Bürger – neben der Öffentlichkeit insgesamt – nach Vorlage des Entwurfs der Planung Gelegenheit haben, konkrete Belange – z. B. des Naturschutzes und der Wohnbedürfnisse der umliegenden Bevölkerung (vgl. § 1 Abs. 6 Nr. 7 bzw. § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB) – geltend zu machen, welche dann im Rahmen der bauplanungsrechtlichen Abwägung, die dem Erlass des Bebauungsplanes zugrunde liegt, zu berücksichtigen sind, indem sie gewichtet und mit anderen bauplanungsrechtlich relevanten Belangen – z. B. Belangen der Wirtschaft (§ 1 Abs. 6 Nr. 8 BauGB) – abgewogen werden (vgl. § 1 Abs. 7 BauGB).

Das Planaufstellungsverfahren ist deshalb fortzusetzen. Da vor Durchführung der notwendigen fachtechnischen Prüfungen, insbesondere auch der Umweltprüfung, überhaupt nicht prognostiziert werden kann, dass eine entsprechende Abwägung offensichtlich zuungunsten des aufzustellenden Bebauungsplanes „Entwicklung Freiland-Legehennen-Anlage Süptitz“ ausfallen wird, besteht aktuell keine Veranlassung für einen Abbruch der Planaufstellung.

Dafür sprechen auch nicht die sonstigen in der Petition geltend gemachten Gründe.

Herr Rexroth als Vertreter des Landratsamtes hat in der Gemeinderatssitzung am 11.03.2025 nochmals bestätigt, dass die aktuell vorhandene Legehennenanlage nach Maßgabe des Gesetzes genehmigt und errichtet worden ist und Überprüfungen ergeben haben, dass die Anlage auch weiterhin die gesetzlichen Anforderungen einhält, mithin in Bezug auf die bestehende Anlage alle gutachterlich erforderlichen Untersuchungen vorliegen.

Die Versagung des gemeindlichen Einvernehmens durch die Gemeinde im Jahr 2013 betraf die inzwischen errichtete Freiland-Legehennen-Anlage, hat also mit der Erweiterung nichts mehr zu tun. Die Versagung des gemeindlichen Einvernehmens war im Übrigen rechtswidrig und musste deshalb vom Landratsamt ersetzt werden.

Auch Einschätzungen, Lagebeurteilungen von 2018 sind nicht Gegenstand des aktuellen Planungsprozesses, der seinen Blick auf die künftige Erforderlichkeit der Bauleitplanung richtet und sich an aktuellen Anforderungen zu orientieren hat.

Der Gemeinderat bittet mithin die Verfasser der Petition zur Kenntnis zu nehmen, dass Anfragen von Investoren insoweit neutral zu bewerten sind und es Aufgabe des Gemeinderates ist, die gesamte Gemeinde im Blick zu haben und auch die Wirtschaftlichkeit bzw. Liquidität dieser nicht aus dem Blick zu verlieren. Er hat sich deshalb mit der am 11.03.2025 beschlossenen Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens „Entwicklung Freiland-Legehennen-Anlage Süptitz“ dafür entschieden, die städtebauliche Planbarkeit des Vorhabens im geordneten Verfahren zu prüfen und auf der im Planungsverfahren zu schaffenden gesicherten tatsächlichen Grundlage abzuwägen.

Zudem wird darauf hingewiesen, dass die Gemeinde – vertreten durch die Bürgermeisterin – jederzeit zu einem Gespräch mit der Bürgerinitiative zur Verfügung steht und die Beteiligung und Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger am Planverfahren positiv gewertet wird.

**Karsta Niejaki**  
**Bürgermeisterin**

**Anlagen:**

- Anlage 1: Entwurf des informatorischen Bescheids
- Anlage 2: Petitionsschreiben
- Anlage 3: Muster Petitionszettel mit Schreiben vom 27.02.2025